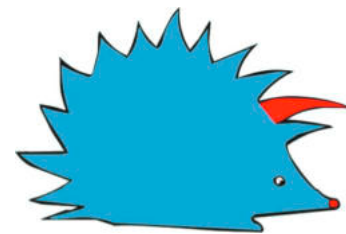


# LEIPZIGERSTACHEL



Die Stadt gehört uns - Bürgerzeitung für Leipzig

## Seite 1/2

- NEIN zu Defender 2020
- Proteste in Honkong

## Seite 3/4

- Gesundheitsreform

## Seite 5/6

- Sparen bei Sozialer Arbeit

## Seite 7/8

- Ich und die Umwelt II
- Laudatio

## NEIN zu NATO-Kriegsmanövern – JA zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

Im April und Mai 2020 plant die NATO mit DEFENDER (Verteidiger!) 2020 eines der größten Manöver von Landstreitkräften in Europa seit Ende des Kalten Krieges.



Mit insgesamt 37 000 Militärangehörigen aus 16 NATO-Staaten sowie aus Finnland und Georgien wird eine neue Dimension militärischer Aktivität erreicht. Bis zu 20 000 US-GIs mit entsprechend schwerem Gerät werden über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert. Ziel des Manövers ist neben der Zurschaustellung militärischer Überlegenheit die Demonstration einer blitzschnellen Verlegung kampfstarker Großverbände aus den USA an die NATO-Ostflanke.

Deutschland wird mit dem neuen Joint Support and Enable Command der NATO in Ulm, den Umschlageläfen Hamburg, Bremerhaven und Nordenham sowie den Convoy Support Centern in Garlstedt (Niedersachsen), in Burg (Sachsen-Anhalt) und auf dem sächsischen Truppenübungsplatz Oberlausitz südlich von Weißwasser zur Drehscheibe der Transporte. Operativ zuständig für Transport und Manöver ist das US-Heereskommando Europa in Wiesbaden, geleitet wird es über EUCOM in Stuttgart. Datenübertragung und ergänzende Lufttransporte erfolgen über die US-Air-Base Ramstein. Parallel finden Truppenübungen auf den US-Übungsplätzen in Grafenwöhr und Hohenfels in Bayern statt. Während der Transporte wird es zu schweren Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs entlang der Transportstrecken kommen. Die Bundeswehr hat mit der Deutschen Bahn AG eine Vorfahrtsregel für alle Militärtransporte vereinbart. Dieses Manöver und die Örtlichkeit entlang der russischen Westgrenze stellen

eine Provokation gegenüber Russland dar. Das Manöver birgt die Gefahr einer möglichen direkten Konfrontation zwischen militärischen Verbänden der NATO und Russland in sich. Auch der Zeitpunkt wurde nicht zufällig gewählt: 75 Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus vor allem durch die Rote Armee marschieren wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze auf. Mit Defender 2020 senden die USA, Großbritannien und Frankreich ein geschichtsvergessenes Signal an den ehemaligen Verbündeten aus der Anti-Hitler-Koalition. So wie es 1990 in der Charta von Paris von allen europäischen Staaten gemeinsam formuliert wurde: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“

Während in überall dringend gewaltige Mittel gebraucht werden, um die aktuellen Menschheitsprobleme zu lösen, wird in allen NATO-Staaten zielgerichtet auf die Erhöhung des Rüstungshaushalts auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts hingearbeitet. Für die militärische Aufrüstung werden Mittel und Ressourcen verschlungen, die für soziale, ökologische und infrastrukturelle Aufgaben schmerzlich fehlen. Im „2 plus 4“-Vertrag von 1990, der Grundlage der deutschen Einheit, wurde vereinbart: von deutschem Boden soll nur Frieden ausgehen. Dies ist auch der Kerngedanke des Grundgesetzes, dies muss die Grundlage deutscher und europäischer Politik sein. Für diese Ziele treten wir ein und sagen entschieden: NEIN zum NATO-Kriegsmanöver Defender 2020

### Wir fordern:

- Entspannungspolitik n statt militärischer Konfrontation
- politische Konfliktlösungen
- Kooperation mit Russland in einem gemeinsamen Haus Europa
- konsequente Abrüstung und Umverteilung der freiwerdenden Mittel
- Deutschland raus aus der NATO, die NATO raus aus Deutschland

Dafür werden wir überall vor und während des Manövers demonstrieren – gewaltfrei, aber gewaltig. Auf den Straßen, Plätzen und Brücken, den betroffenen Bahnhöfen, vor den Truppenübungsplätzen – in Deutschland und international. Mit einer Mahnwachen-Stafette an der gesamten Strecke, rechtlichen Schritten und Aktionen des zivilen Ungehorsams – kreativ und vielfältig.

**Torsten Schleip**

## Stoppt den Aufmarsch gegen Russland

Zusammen mit dem Großteil unserer Bevölkerung wollen wir nicht länger zusehen, wie insbesondere das ehemalige Territorium der DDR als Aufmarschgebiet für neue Kriegsvorbereitungen gegen Russland missbraucht wird. Schon heute stehen US- und Bundeswehrosoldaten im Baltikum nur noch 160 Kilometer vor St. Petersburg. An „DEFENDER 2020“, der größten von vielen anderen geplanten US/NATO-Kriegsübungen an den Grenzen Russlands, sollen von Januar bis Mai 2020 allein 37.000 US-Soldaten teilnehmen. Deutschland wird zur Drehscheibe der Transporte. Ein besonderer Affront: Der Aufmarsch fällt mit dem 75. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg zusammen. Wir – eine parteipolitisch ungebundene Bewegung – stehen auf gegen die NATO-Kriegstreiber und ihre deutschen Handlanger. Jeder, egal wie alt, kann mitmachen und „Flagge“ zeigen gegen die Kriegstreiber, ob im heimischen Umfeld auf Marktplätzen, in Diskussionsgruppen oder an den Knotenpunkten der Transportwege der schweren NATO-Angriffswaffen.

**Kein Aufmarschgebiet  
gegen Russland!**

[www.kein-aufmarschgebiet.de](http://www.kein-aufmarschgebiet.de)



## Proteste in Hongkong: Massenbewegung für Demokratie oder Söldnertruppe westlicher Kapitalinteressen?

Seit einigen Monaten begegnen einem nahezu täglich Bilder aus Hongkong, in welchen volle Straßen und riesige Menschenmengen zu erkennen sind. Die Menschenmengen auf den Straßen protestieren. Sie protestieren – so sagen es uns Tagesschau, Spiegel, Bild und taz – für Menschenrechte und Freiheit, ausgelöst durch einen Gesetzesentwurf der Regierung in Hongkong, welcher besagt, dass Menschen, die eine auch nach Hongkonger Maßstäben justiziable Straftat auf Festlandchina oder Taiwan begangen haben, dorthin ausgeliefert und verurteilt werden können. Nach aktuellem Recht werden Straftäter, die ihre Vergehen außerhalb Hongkongs ausgeübt haben, nicht belangt (außer, die Straftaten wurden in Ländern begangen, mit denen Hongkong entsprechende Verträge abgeschlossen hat, wie z.B. mit den USA oder Großbritannien). Doch nachdem ein Mann, der seine schwangere Freundin bei einem Urlaub auf Taiwan umgebracht hatte und anschließend nach Hongkong, wo das Paar wohnte, floh, brachte die Hongkonger Regierung unter Carrie Lam obengenannten Gesetzesentwurf auf den Weg, dessen Realisierung auf Druck der Proteste jedoch niemals zustande kam.

Nun zuallererst das wohl Erstaunlichste: Die zwei Millionen Demonstranten sind eine Zahl, die von den Organisatoren angegeben wird und offensichtlich nicht der Wahrheit entspricht. Die Organisatoren gaben an, dass sie durch das Zählen jedes einzelnen auf

diese Zahl gekommen sind. Wer jetzt noch ein bisschen weiterdenkt, sollte schnell merken, dass es schier unmöglich ist, bei solch einer Veranstaltung jeden einzeln zu zählen, doch das ist noch nicht alles. Eine Studie kam durch eine andere Methode auf nur 500 000 bis 800 000 Protestierende. Dabei ist nicht einmal die Zahl an sich das Entscheidende, sondern die Lüge, mit der die westliche Öffentlichkeit gefüttert wird.

Nun zu der Gewalt, die angeblich größtenteils von der Polizei ausgehen soll. Um erst einmal einen Eindruck von der Gewalt und den Verhaftungen der Polizei in Hongkong zu bekommen, lohnt es sich, die Proteste mit anderen wie etwa aktuell in Ecuador, Chile oder auch Frankreich (ja, die Gelbwesten demonstrieren noch immer) zu vergleichen. Bei den Protesten gab es keinen Toten, abgesehen von vier Menschen, die sich selbst das Leben nahmen. In Ecuador dagegen mindestens sieben, in Frankreich elf und in Chile 17 Tote sowie 120 spurlos verschwundene Demonstranten und 18 sexuelle Übergriffe durch Sicherheitskräfte. Wurde in Hongkong aus einer Krankenschwester, welche während der Demonstrationen ein Auge verlor, das Symbol der Polizeigewalt, interessierten sich unsere Journalisten kaum dafür, dass es bei den Gelbwesten 20 verlorene Augen zu beklagen gab. Noch ein Beispiel, wie hier mit zweierlei Maß gemessen wird – sucht man bei Google nach den Protesten, spuckt einem der Rechner ganz unterschiedliche Zahlen im Hinblick auf die Suchergebnisse aus: Hong Kong Proteste: 15 900 000 Ergebnisse; Chile Proteste: 1 330 000 Ergebnisse; Ecuador Proteste: 671 000; Gelbwesten Proteste: 765 000 (wobei hier der Zenit schon seit längerem überschritten scheint) (Stand Ende November 2019). So ganz sieht das nicht nach ausgewogener Berichterstattung aus, vor allem, wenn man die Zahlen der Toten mit einkalkuliert.

Gewalt auf den Straßen Hongkongs gibt es trotzdem, doch meist ausgehend von Schlägertrupps auf der Seite der Demonstranten, welche willkürlich Passanten zusammenschlagen, teilweise beinahe bis zum Tod, und das meist nur, weil diese Straßen frei räumen, welche zuvor von den Demonstranten versperrt wurden. Und dafür gibt es tatsächliche Beweise, es gibt mehr Videos davon im Internet, als nötig wären, doch die Aufmerksamkeit ist nicht da, und wenn, dann werden die Demonstranten dafür gefeiert, die Stadt ins Chaos zu stürzen.

Ein Name, der mit den Protesten in Hongkong unweigerlich verknüpft



ist, lautet Jimmy Lai. Jimmy Lai ist ein Hongkonger Medien-Tycoon vom Typ Rupert Murdoch, der nahezu ein Monopol auf alle relevanten Verlagshäuser und sonstigen Medien in der Stadt besitzt. Als wichtiger Gegenspieler fungiert die South China Morning Post, die durch eine vergleichsweise ausgewogene Darstellung der Proteste auffiel, während Jimmy Lai in seinen der Bild ähnlichen Zeitungen einseitig für die Demonstranten Partei ergriff bzw. die Proteste medial-propagandistisch erst vorbereitete:

So wiegelt er die Hongkonger Bevölkerung gegen den Rest Chinas auf und bedient sich dabei regelmäßig sinophoben Gedankenguts. Das wohl beste Beispiel hierfür ist ein Bild, das in einer seiner Zeitungen zu sehen ist, auf welchem schwangere chinesische Frauen, die sich in Hongkong niederlassen, da sie und ihre Kinder dadurch verschiedene materielle Vorteile genießen, als Heuschreckenschwarm dargestellt sind. Der Text auf der Abbildung lautet: „Es ist genug! Stoppt die unlimitierte Invasion der hauptländischen, schwangeren Frauen!“. Das heißt, hier werden offen rassistische Ressentiments gegen Festlandchinesen geschürt, die zu Gewalttaten seitens aufgewiegelter „Bio-Hongkonger“ animieren sollen. Das macht diese nicht besser und die Täter nicht unschuldig, jedoch erkennt man eine enorme Mitschuld der Medien, welche Lai gehören, und damit auch derjenigen, die hier im Westen diese verzerrten Darstellungen und Fake News bereitwillig übernehmen.

Darüber hinaus unterhält Lai auch beste Beziehungen zur US-Regierung, die er als Schutzmacht seiner Interessen wahrnimmt. So kommunizierte er etwa an die Adresse Washingtons, dass Proteste und Revolten im „Blut“ der westlichen Welt lägen und dass deshalb in der Stadt Chinas, in welcher der westliche Einfluss enorm stark ist, protestiert wird, um sich von den „bösen“ Chinesen zu befreien. Weiterhin meinte er, dass der Westen sich nun entscheiden müsse, ob er seine Werte wirklich hochzuhalten bereit sei oder lieber die „chinesische Diktatur“ behüten wolle, wobei er natürlich nicht auf all die realen Verbrechen des Westens, dafür aber auf die vermeintlichen Chinas einging.

Auch sagte er während einer Podiumsdiskussion zu einem Pro-Israel-Lobbyisten, dass er sich der Unterstützung der USA in Hongkong sicher ist, da Hongkong der einzige Ort in China sei, welcher dieselben Werte vertrete und denselben Krieg gegen China führe. An dem Gesagten lässt sich ablesen, wie nah Lai den westlichen Mächten steht und wie sehr er sich darum sorgt, China zu schaden.

Doch warum will man China im Westen so schlecht aussehen lassen? Ein wichtiger Grund hierfür ist die Konkurrenz, die China mittlerweile darstellt. Wirtschaftssanktionen, die auf ein mögliches, durch die Proteste provoziertes Einschreiten der Volksbefreiungsarmee in Hongkong folgen könnten, werden als ein geeignetes Instrument angesehen, um die deutlich innovativeren chinesische Privat- wie Staatsfirmen auszubremsen.

Doch beschränkt sich nach Einschätzung vieler Experten die Konkurrenz zwischen China und dem Westen längst nicht nur auf Technologie und Absatzmärkte – vielmehr habe diese sich mittlerweile zu einem handfesten Systemkonflikt zwischen einem finanzmarktgetriebenen,

neoliberalen Kapitalismus und einem das Völkerrecht mit Füßen tretenden Imperialismus auf der einen und einem „Sozialismus chinesischer Prägung“ auf der anderen Seite entwickelt, der bisher 700 Millionen Menschen aus der Armut befreit hat, nachhaltige Entwicklungsprojekte in anderen Ländern (auch der Dritten Welt) anstößt und für eine Demokratisierung der internationalen Beziehungen im Rahmen einer multipolaren Weltordnung eintritt. Wir haben es also längst wieder mit einem (neuen?) Kalten Krieg zu tun.

Ob dieser sich zu einem womöglich heißen auswachsen wird, weiß man nicht, aber leider sieht es danach aus, als ob sich die Lage weiter verschärfen würde. Interessant zu beobachten ist in diesem Zusammenhang auch, wie sich die Kriegsführung gewandelt hat zu Stellvertreterkonflikten und „digitalen Schlachten“. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass diese sich auch in einen handfesten Krieg zwischen den Hauptprotagonisten (China und den USA) transformieren können. Für das Führen solcher Kriege ist eine vorbereitende und begleitende mediale Propaganda unerlässlich. Es ist erschreckend zu sehen, wie in der heutigen digitalen Welt Propaganda immer noch funktioniert, wenn man die indirekte Kontrolle über soziale und konventionelle Medien hat und so teilweise zensieren und teilweise falsch informieren kann.

**Bjarne Jahn**

### **Dauerbrenner Gesundheitsreform**

Warum, warum tue ich mir das nur an? Eben habe ich mir die Nachrichten angeschaut: das Nachtmagazin. Es ging schon wieder um die Gesundheitsreform. Gesundheitsreform? Hatte sie nicht unlängst Geburtstag oder sagen wir mal Jubiläum? Ich meine jetzt nicht die Reform an sich, sondern eher die Schöpfung des Wortes und den krampfhaften Versuchen der Politiker (wobei die –innen nicht zu vergessen sein sollen), dieses Wort mit Inhalt zu füllen. Durch wie viele Legislaturperioden kämpft sich diese Wortschöpfung bereits? Ich habe aufgehört zu zählen, weiß aber, dass sie schon so manchen schwachbrüstigen Politiker (und natürlich auch Politikerin) überdauert hat.

Die Grundzüge der Reform sind eigentlich schnell erklärt: Die Regierung, wobei eben vollkommen gleichgültig ist welche, beschließt etwas, das dann umgehend den Patienten (so sie nicht Privatpatienten oder Abgeordnete sind) zu Lasten fällt und wogegen die Ärzteschaft mobil macht. Ein vertraut gewordenes Ritual. Schön, dass es noch so etwas gibt! Privatpatient – ein Wort nur in Klammern, welches mich dennoch herausfordert. Fragen Sie sich nicht manches Mal, was das eigentlich genau, dem Wortsinn nach, darstellt? Also, ich gehe, wenn ich denn gehe, stets ganz privat zum Arzt und für niemand stellvertretend. Und ich kenne meinen Arzt auch ganz privat. Trotzdem aber bin ich kein Privatpatient. Ich bin und bleibe halt ein Kassenpatient. Hinter mir steht die einzige Gesundheitskasse in Deutschland, die, und deshalb schätze ich sie so, sind wenigstens ehrlich und geben offen zu, dass sie nur auf die Gesunden abonniert ist. Klar, die Kranken machen ja auch eher Probleme, hier: Kosten! Die anderen nennen sich Ersatz- oder



Krankenkasse. Die einen sind genau so wenig Ersatz für die fehlende Gesundheit, wie die anderen für Kranke da sind. Vielmehr weist der Name auf einen möglichen Zustand der Kassen hin.

Zurück aber zur Gesundheitsreform: Was Gesundheit ist, das wissen wir. Nämlich das Gegenteil von dem, was wir Deutschen angeblich gern sind oder in den Augen der Arbeitgeber und Politiker „machen“. Bei dem Wort Reform lohnt sich ein Blick in ein Lexikon oder Fremdwörterbuch. Da aber in den deutschen Bücherregalen meist eher irgendwelche billigen Schmöker stehen, ohne damit den Kaufpreis adjektivieren zu wollen, will ich das Wort in seine zwei Teile zerlegen; in „RE“ und „FORM“. „RE“, vom Suffix, der Vorsilbe, zum Nomen oder Hauptwort gewandelt, kennen wir vom Spielen, vom Skat zumindest, also einer Art von Zocken. So komme ich zum Zwischenfazit: Bei einer Reform geht es offenbar um Geld, um viel Geld, um welches gezockt wird, welches manches Mal verzockt wird. Das Wort „FORM“ ist uns nicht nur von der gleichnamigen Tortenform bekannt, sondern auch im Zusammenhang mit Frauen, und zwar schlanken. Nicht dass möglicherweise Missverständnisse aufkommen, die durch MISS auch auf Weiblichkeit verführen könnten: Bei der Gesundheitsreform geht es nicht um schöne, weil schlanke Frauen, sondern vielmehr um etwas Schlanke, eher noch um etwas zu Verschlankendes. Es geht um zu verschlankende Leistungen. Schlank, schlanker, am schlankesten wurde auch der Kasperl, der seine Suppe nicht essen wollte in der grausigen Hoffmannschen Moritat der Schwarzen Pädagogik, dem „Struwelpeter“, welche Generation, zwar erzieherisch gemeint, das Fürchten lehrte. Und, sie erinnern sich sicher der Geschichte: am 7. Tag, da war der Kasper tot.

„Re“, um nochmals darauf zurückzukommen, steht ja auch für „zurück“, oder wie der aufgeklärte Deutsche sagen würde: „Back to the roots“. Früher sind jedenfalls die Kranken, so sie nicht dem Blut- oder Geldadel zugehörig waren, auch ausschließlich von ihren Angehörigen zur Gesundheit oder in den Tod gepflegt worden? Keiner schrie nach einem Arzt oder einer Aspirin. Und andere haben oder hatten ihren Medizinmann, der auch für „Nass“ oder „n Appel und n Ei“, vergleiche: Gütertauschhandel, arbeitete. Keiner fiel einer Kasse oder gar dem Staat zur Last. Bei der Gesundheitsreform, frisch aus deutschen (Bundes-)Landen, geht es darum, Leistungen zurückzudrängen. Die Reform erweist sich dabei nicht um eine einmalige und konsequente Maßnahme, sondern als langwieriger Prozess. Sie könnte auch eine schleichende Krankheit, ein Siechtum im Seuchenformat sein, in der Art der Schweinegrippe, den Überträger oder vermeintlichen Verursacher benamend. Von dieser Seuche sind die Politiker und ihre weiblichen Kollegen befallen. Da sie eher kaum Ärzte sind, wohl kaum solch geist- und lerndisziplinverlangendes Studium absolviert haben könnten, und dazu auch noch Privatpatienten, haben sie die Krankheit, die sie befallen hat, noch nicht bemerkt oder zumindest schlüssig diagnostiziert. Aber, auch über sie ist, wie die sieben Plagen des Alten Testaments vormals, die Gesundheitsreform gekommen.

Reform, und ein Blick ins Fremdwörterbuch lohnt doch, steht für „Verbesserung des Bestehenden“. Wenn Ärzte plötzlich für eine erbrachte Leistung im Wert von dreihundert Euro (im Sinne einer durchgeführte Untersuchung) siebenundzwanzig Euro von einer

Krankenkasse erstattet bekommen (hier wird die Bedeutung des Begriffes KRANKEnkasse deutlich), dann kann man wohl eher kaum von einer Verbesserung sprechen. Irgendwann ist schließlich der bestgemeinte und fesselnde ärztliche Ehrenkodex ausgereizt, womit wir wieder beim Skatspiel wären. Da die Politikerinnen und ihre männlichen Kollegen bewiesen haben, dass sie dem Wort „Reform“ nicht Genüge tun wollen, oder es womöglich nicht begriffen haben, möchte ich einen Vorschlag unterbreiten, wie eine Gesundheitsreform aussehen könne: Die

Politik sollte sich die Telekom als Partner holen, denn auch die haben jeden Cent nötig. Die Telekom könnte dann 0190er Nummern schalten, bei denen man anrufen kann, wenn es einem nicht so gut geht, der Kunde sich krank fühlt, wobei die Betonung auf FÜHLEN liegt, denn WISSEN kann er es mangels entsprechender Qualifikation nicht. Hier bekommt er/sie, von schlanken Damen mit netter Stimme, dann selbst oder als Angehöriger Tipps, was bei einem Schnupfen, einer Netzhautablösung oder einem bösartigem Tumor im Kopf zu erledigen ist.

Die Ärzte schicken wir stempeln, zum Sozialamt und Straßen pflastern, damit die endlich ebenfalls die Härte des Lebens kennen lernen. Schließlich hatte doch dieser Berufstand das gewerkschaftliche Privileg, unter anderem in Krankenhäusern begrenzte 36-Stunden-am Stück-Schichten schieben zu dürfen. Das eingesparte Geld könnte den Politikern zufallen, damit die nächste Diätenreform gesichert ist. Mit meinem Modell hätten wir die Gesundheitsreform konsequent abgeschlossen und gleichzeitig eine Bundestagsreform durchgeführt. Vielleicht aber bedeutet Gesundheitsreform nur, dass alle Politiker zum Arzt zu einem gründlichen Check-up schicken werden sollten. Denn der Bedarf scheint unermesslich zu sein, und bisher fehlte lediglich die Einsicht in die Krankheit! Wahrscheinlich fehlt, da ich zu umfassend und analytisch an die Probleme mich geistig begeben, wie ich es in meiner Praxisnähe erfordernden Berufstätigkeit gewohnt bin, mir deshalb das berüchtigte Zeug zum Politiker.

Ich weiß, was mir fehlt und was mir manchmal zuviel ist, zum Beispiel die Nachrichten und das Nachtmagazin.

Michael Oertel

## Kosten sparen in der Sozialen Arbeit – eine Never-Ending-Story, oder?

Neuverschuldung. Einnahmeausfälle. Verkauf von städtischem Eigentum und Anteilen. Nachtragshaushalte, aufgrund erhöhter Ausgaben. Formulierungen, die einem täglich begegnen. Bei diesen Diskussionen stehen sehr oft auch die Sozialausgaben, die fast schon chronisch als zu hoch gelten, im Fokus und natürlich auf dem Prüfstand. Der Leidensdruck der Kommunen ist offenkundig, damit die Marschrichtung unmissverständlich formuliert. Kosten sparen – koste es, was es wolle!

Z



wei Zahlen, die die Situation in der Sozialen Arbeit stichpunktartig beschreiben: In Leipzig sind in der Rubrik „Zum Jahresende beendete erzieherische Hilfen nach den §§ 27 ff. SGB VIII“ die Fälle von 2006 bis 2010 von 2423 auf 3333 gestiegen, der Jugendhilfeetat hat sich dabei um 33 % erhöht (vgl. Stadt Leipzig, 2011, S. 58 ff.). Für „Hilfen zur Erziehung“ wurden 2009 in Leipzig ca. 40Mio€ ausgegeben, zehn Jahre später waren es ca. 135Mio€.

Die „Soziale Arbeit“ fand Ende des letzten Jahrtausends einen Rettungsanker im Dienstleistungsbegriff. Über Jahre wurde – und das erfolgreich – versucht, Sozialarbeit/Sozialpädagogik zum „Produkt“ umzufunktionieren. Roger Dale hat 1989 die herrschende Koalition aus neo-konservativen und neo-liberalen Elementen „Konservative Modernisierung“ genannt, diese feierten die Dienstleistung als Befreiung aus feudaler Entmündigung (May, M., S. 312, 1997). Begrifflichkeiten wie z. B. Kunde, Sozialmarkt, Effizienz wurden in der Sozialarbeit eingeführt/etabliert. Doch sind dies überhaupt Begriffe, die sich so leicht in soziale Bereiche übertragen lassen?

Kann man derartige Maßnahmen als „Befreiung aus feudaler Entmündigung feiern“? Oder führen sie nicht eher in eine neue Entmündigung? May geht davon aus, dass diese betriebswirtschaftliche Rhetorik mehr den Charakter sozialer Arbeit verschleiert, als dass sie dazu beiträgt, ihn zu erhellen. (vgl. May, M., 1997, S. 371) Sichtbar wird dies, wenn man sich die einzelnen Begriffe konkret anschaut, wie z. B.:

Kunde ... ist eine Person ..., die ein offensichtliches Interesse am Vertragsschluss zum Zwecke des Erwerbs eines Produkts oder einer Dienstleistung gegenüber einem Unternehmen ... zeigt. (vgl. de.wikipedia.org/wiki/Kunde/Juli 2012) Hat ein Mensch, der (soziale) Hilfe benötigt, tatsächlich ein offensichtliches Interesse an einem Vertragsabschluss? Oder will er, dass ihm geholfen wird! Sind Kunden nicht Menschen, die sich auf einem Markt, zwecks Vertragsabschluss, frei orientieren, Angebote einholen und daraus auswählen können? Und, wie steht es um den Produktbegriff?

Es gibt ihn nicht, den Supermarkt, in dem man die Produkte aus dem Spektrum der Sozialen Arbeit aus den Regalen ziehen und an der Kasse selbst bezahlen kann. Und im Sozialsektor bezahlt oft nicht der „Kunde“, sondern dem „Dienstleister“ (z. B. Freier Träger) werden die Kosten erstattet bzw. erhält dieser eine institutionelle Förderung, für die er eine bestimmte und verhandelte Leistung erbringt. Auf dem künstlich kreierten „Sozialmarkt“ hat der „Kunde“ nicht sein eigenes Geld in der Hand, über das er dann frei verfügen kann. Er begibt sich einerseits in ein Verhältnis mit dem Leistungserbringer und andererseits in eines mit dem Geldgeber. Ein schwieriges Konstrukt. Wer ist Auftragnehmer, wer ist Auftraggeber? Und wie lässt sich der dritte im Bunde bezeichnen? Soviel steht fest: Dionys ist es nicht! Überfordert ist der Dritte im Bunde allemal, braucht an der Stelle schon wieder Hilfe. Der Kreis schließt sich.

Können so Kosten gespart werden? Wir müssen Kosten sparen, ist die Erkenntnis, allein es fehlt der Plan! Radikales Umdenken wäre ein Ansatz: Fehler analysieren, den Dienstleistungsbegriff hinterfragen, kippen, sozialpolitische, nicht finanzpolitische Fragen stellen, auf Prävention, Qualität und Nachhaltigkeit setzen, also nach der Weisheit der Dakota Indianer verfahren „Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig' ab!“ Doch öffentliche Verwaltung und Politik verfahren, wie es in dem Abriss (übermittelt von U. Semmler) zu den „toten Pferden“ beschrieben wird. „Wir schirren mehrere tote Pferde gemeinsam an, damit wir schneller werden!“ und „Wir strukturieren um, damit ein anderer Bereich das tote Pferd bekommt.“ (vgl. <http://www.clemensraphael.de/html/philostotesPferd.htm>, Juli 2012)

Aber Politik zeichnet in diesen Tagen hektisches Handeln, im Stile des Klassikers „Der Zauberlehrlings“ von J. W. v. Goethe aus. Krampfhaft versucht man „die Geister loszuwerden, die man rief“. Den „Sozialmarkt“, den man schuf, der aus Sicht der Politik Begehrlichkeiten weckte, gehört viel stärker kontrolliert, eingedämmt oder abgeschafft. Dies geschieht heute unter haushaltfiskalischen Aspekten. Die geschichtlichen Entwicklungen seit den 70er Jahren, werden dabei komplett ausgeblendet. Dabei scheint die notwendige, die radikale, und somit erfolgversprechende Umkehr nur unter Betrachtung dieser

### Mad Cat Layout - Service

Flyer, Einladungen, Plakate, Banner, Planen  
Professionelles Layout für politisches Engagement

Kontakt: [service@madcat-layout.de](mailto:service@madcat-layout.de)

Aspekte möglich. Die Rolle des Sozialstaates bestand in erster Linie in der nachträglichen Linderung zuvor erzeugter Nöte und in der nachträglichen Umverteilung zuvor ungleich und ungerecht verteilter Mittel (vgl. Huber, J., S. 129, 1979), stellt J. Huber fest. Sozialarbeit als Feigenblatt einer kränkelnden Gesellschaft. Die Schaffung des Sozialmarktes holt den Staat ein, bringt ihn an die Grenzen seiner Belastbarkeit, verursacht Neuverschuldung, schafft finanziellen Leidensdruck.

Und die vermeintliche Profession „Sozialarbeit“ schweigt, zumindest in der großen Mehrheit, lebt sie doch auf und durch diesen Markt. Es fällt schwer einen Ausblick, einen optimistischen gar, zu wagen. Im Abriss zu den „toten Pferden“ (übermittelt von U. Semmler) werden weitere Möglichkeiten offenkundig, nach denen Politik und Verwaltung handeln.

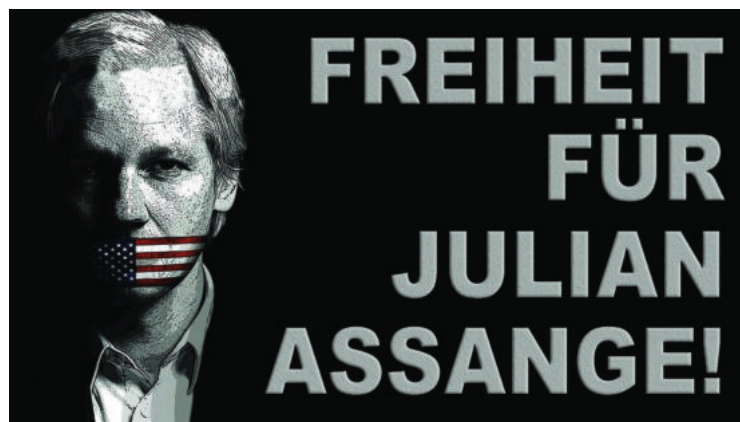


„Wir erklären: kein Pferd kann so tot sein, dass man es nicht noch reiten könnte!“ und „Wir machen eine Studie, um zu sehen, ob es bessere oder billigere tote Pferde gibt!“ Dieser Politik stehen die Menschen gegenüber, die soziale Hilfe brauchen. Interessant scheint jetzt ein Blick in Illichs Aufsatz „Entmündigung durch Experten“, der beschreibt, dass die Sicherheitskräfte die treibende Kraft hinter der heutigen universellen Reglementierung und der marktabhängigen Disziplinierung sind. (vgl. Illich, Ivan, S. 9, 1979) Im weiteren Textverlauf wirft er die Frage auf: Wie könnte ein vom Verteidigungsdenken besessener Staat zulassen, dass unzufriedene Bürgergruppen sich organisieren. (vgl. Illich, Ivan, S. 10, 1979). Die Unzufriedenen, das können nur die Menschen sein, die

auf dem „Sozialmarkt“ herumirren, nach Hilfe suchen und doch keine finden bzw. erhalten. Sie sind nicht organisiert, und das aus den verschiedensten gesellschaftlichen Gründen. Auch die Helfer sind es zumeist nicht, auch hier scheint die „treibende Kraft der universellen Reglementierung und marktabhängigen Disziplinierung“, u. a. durch die beschriebenen Maßnahmen, deutliche Spuren hinterlassen zu haben.

Aber, es kann an der Stelle nur die Profession der Sozialarbeit mit ihren verwandten und befreundeten Professionen sein, die sich zur neuen treibenden Kraft entwickeln, um nicht nur am „Feigenblatt“ herumzudoktern, sondern eine gesamtgesellschaftliche Schiefelage dauerhaft zu korrigieren. Kosten sparen wir dann, wenn endlich erkannt wird, dass gesellschaftliche „Schiefelagen“ produziert werden, diese „Produktion“ eingestellt wird! Haben wir eine Chance auf ein Ende der Story?

**Michael Oertel**



### Liebe Stachelfreunde!

Wer sich den Stachel kostenfrei nach Hause liefern lassen will, schreibe uns einen Brief oder eine Mail mit Angabe seiner Adresse. Datenschutzhinweis: Die Adresse wird bis zur schriftlichen Abbestellung gespeichert und nur für die Auslieferung der Zeitung verwendet. Eine Weitergabe an Dritte oder eine anderweitige Verwendung erfolgt nicht. Mit der Speicherung erklärt sich der Abonnent mit der Bestellung einverstanden.



### Malerei

Maritta Brückner

fon/fax: 0341 6013281

funk: 0177 7254505

Rosenowstr. 28e - 04357 Leipzig

Malerei Maritta Brückner

#### Ich erledige für Sie gern:

- alle Malerarbeiten
- Fassadengestaltung (Graffiti-schutz)
- Farbgestaltung (neue und alte Maltechniken)
- farbenfrohe Malerei und Gestaltung z.B. für Kinderzimmer oder Bad
- Dekore und andere Gestaltungen an Wänden und Möbeln
- Tierportrait

[www.malerei-brueckner.de](http://www.malerei-brueckner.de)

### Impressum

V.i.S.d.P Alexej Danckwardt

Permoser Straße 2  
04347 Leipzig

Telefon: 0341 600 59 356  
Fax: 0341 306 84 41  
Email: [der-stachel-leipzig@gmx.de](mailto:der-stachel-leipzig@gmx.de)  
Web: [www.stachel-leipzig.de](http://www.stachel-leipzig.de)

Texte und Bilder: © by RedAktion Leipziger Stachel, Stockfotos und CreativeCommons

Ihr Text im Stachel? Schreiben sie uns!  
Es ist Ihre Bürgerzeitung.

## Ich und die Umwelt, Teil 2

Bei der Suche eines Films quer durch die Mediathek diverser TV-Sender fand ich beim MDR den Beitrag „Kostenloser Nahverkehr für alle?“. In 30 Minuten werden Informationen zu bereits in der Praxis erprobten Modellen bzw. neuen Pilotprojekten in Sachen Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) gegeben und umfangreiche Fakten und Sichtweisen zur notwendigen Verkehrswende im „Auto“-Deutschland geliefert. „Volle Straßen, Lärm und Luftverschmutzung, die Städte ächzen unter der Belastung.“ Laut dem Verkehrsexperten Prof. Dr. Heiner Monheim ist der Gesetzgeber dringend gefragt: Zum einen, um die Sorge um den öffentlichen Verkehr in die Pflichtaufgaben der Kommunen aufzunehmen (die Sorge für ordentliche Straßen ist wie selbstverständlich schon gesetzlich vorgeschrieben), zum anderen, um eine Veränderung bei der Grundsteuer vorzunehmen, weil diese die Kosten für die Infrastruktur, wie z. B. für Trinkwasser und Abwasser enthält, aber keine Kosten für den ÖPNV!

Städte, wie z. B. Halle (Saale), die beispielsweise in einen neuen Busbahnhof investieren, machen dies freiwillig, aus eigenen Mitteln. Andere Kommunen gewähren beispielsweise kostenlose Schülertickets, so etwa Erfurt, ab drei Kilometer Entfernung zur nächsten Schule. Warum aber diese Beschränkung? Die Verantwortlichen für den öffentlichen Verkehr schlagen die Hände über den Köpfen zusammen, „Wer soll das bezahlen?“ bzw. „Das bedeutet Einnahmeverluste für den Haushalt!“. ABER, was würden Einzelhändler und wir Autofahrer sagen, würden die Parkplätze mit einer solchen Entfernung anvisiert? Nein, bitte möglichst bis vor die Tür! Als Ende 2018 die Bundesregierung fünf Städten, mit hoher Luftverschmutzung, die Förderung des kostenlosen Nahverkehrs anbot, lehnten diese sogar ab, sahen den Test nicht als ihre Chance. Verantwortliche für den Straßenverkehr, so Prof. Dr. Monheim, verhalten sich dagegen wie ein „Nimmersatt“ und setzen die Bewilligung der Gelder voraus: „Wenn das Straßennetz voll ist, dann wollen sie neue Straßen; wenn die Parkhäuser voll sind, dann muss ein neues Parkhaus her“. Eine Studie der TU Dresden weist nach, dass der Autoverkehr über 80 Mrd. Euro pro Jahr Folgekosten verursacht: für Investitionen ins Straßennetz, einschließlich seiner Unterhaltung bezüglich Schlaglochbeseitigung, Gehwegplattenersatz usw. usw.

Der Autoverkehr spielt von all dem Geld nichts wieder ein, anders wäre es bei einem gut entwickelten ÖPNV: Templin in Brandenburg führte beispielsweise bereits 1998 kostenlose Busfahrten für alle ein. Grund dafür war die drohende Aberkennung des Status „Luftkurort“. Trotz Geldmangel hielt die Kommune daran fest. Nach zwei Jahren wurden die Busse statt von ca. 40 000 nun von 600 000 Fahrgästen benutzt, der Autoverkehr war um 20 Prozent in die Innenstadt zurückgegangen, ebenso sank die Zahl der Unfälle und die Luftwerte waren wieder in Ordnung. Trotzdem wurde dieses Modell nach sechs Jahren beendet und durch ein neues ersetzt: Seitdem kostet zwar eine Jahreskarte 44 Euro, aber es gibt keine „Spaßfahrer“ mehr, die einst die Busse unnötig überfüllten. Ein dichteres Haltestellennetz entstand, enge Taktung und bequemes Fahren für die, die zum Arbeitsplatz müssen sowie für die Senioren, Gehbehinderte, Schüler usw. Ein nächstes Ziel ist die

Ausweitung auf das Umland. Für ebenfalls 44 Euro im Jahr will man die Leute von ihrem Dorf abholen. Die Verkehrswende kann zum Gewinnerprogramm werden, wenn sie massenhafte neue Jobs bringt! Denken wir nur an den Bau neuer Buslinien, Radwege und Bahnstrecken, die Produktion tausender neuer Busse u. a. Transportmittel, die Aktivierung hunderter ungenutzter Strecken, die Verbesserung der Zustände zahlloser vernachlässigter kleiner Bahnhöfe, und und und. Mobilität kann für alle leichter, preiswerter, umweltgerechter und stadtverträglicher werden. Den Autoverkehr im gegenwärtigen Ausmaß und mit seinen Staus, den können wir uns eigentlich längst nicht mehr leisten. Zum Glück muss auch nicht das Rad neu erfunden werden, denn es gibt genügend gut funktionierende ÖPNV-Modelle, aussagefähige Studien und kluge Köpfe in unserem



Land. Allerdings müsste bei so mancher Stelle dem Lobbyismus dafür entsagt werden. Lasst uns unsere Lebensweise ändern, wir alle zusammen und jeder für sich.

### Ursula Lotte

#### Laudatio auf Michael Oertel anlässlich seiner Bildungs- und Projektausstellung „Geraubte Kindheit – wenn die Erwachsenen Krieg spielen!“

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Micha

Wir leben in bewegten und bewegenden Zeiten. Der Ton in den Medien, aber auch zwischen den Menschen wird rauer, fordernder, scheinbar gewaltbereiter. Man möchte uns gerne glauben lassen, dass es bei sogenannten „Peace-Keeping Operations“ um den Erhalt von Frieden und den Schutz von Menschenrechten geht. Unsere neue „Angriffsministerin“ will die Einhaltung des sogenannten Zwei-Prozent-Zieles erreichen und sichert den kriegstreibenden USA jüngst Bündnistreue, mehr Auslandseinsätze und eine sogenannte „offensive Sicherheitspolitik“ zu. „Offensive Sicherheitspolitik“ – Das hätten auch die Worte eines schwer traumatisierten Mannes aus Österreich vor beinahe genau 80 Jahren sein können, der in Europa „offensiv“ für die die Sicherheit des Deutschen Reiches sorgen wollte. (Also eine

Verpflichtung zum Mord?)

Blickt man auf die Geschichte der Menschheit, so ist diese durchgehend geprägt von blutigen Auseinandersetzungen: Aggression und Gegenaggression, Eroberung, Verlust, Unterdrückung, Befreiung. In der Vergangenheit wurden Grenzen – und damit meine ich nicht nur geografische, sondern auch soziale, emotionale, physische, psychische – oft in blutigen Auseinandersetzungen immer wieder verschoben und neu abgesteckt. Nun aber sind wir aufgrund des technischen Fortschritts in einer Situation, in der wir Grenzen nicht mehr mit Gewalt verschieben sollten. Albert Einstein hat das bereits vor über 60 Jahren gewusst. Sehr bekannt ist sein Zitat über den Krieg im Hinblick auf Atomwaffen: „Ich bin nicht sicher, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen.“

Nun ich habe mich dazu entschieden, ganz bewusst wirkliche „offensive Sicherheitspolitik“ zu betreiben, indem ich versuche, diese Lügen zu benennen und unangenehme Tatsachen auch hier anzusprechen. Ein Mann, der auch wirkliche „offensive Sicherheitspolitik“ betreibt, ist Michael Oertel. Sein Engagement für den Frieden trägt mehr zur Sicherheit bei, als es alle Waffen dieser Welt jemals könnten. In diesem Zusammenhang möchte ich ebenfalls auf den missbräuchlich (durch die NATO Propaganda) verwendeten Begriff der Verantwortung hinweisen. Denn Michael Oertel ist ein Mann, der tatsächlich Verantwortung übernimmt. Er verweigerte den sogenannten „Dienst an der Waffe“ und das war auch im autoritären DDR-Staat kein gern gesehenes Signal. Mit seiner Kunst, seinen Bildern, seinen Büchern, seinen Projekten setzt er sich für jene ein, die wirklich unsere Liebe verdient haben und nicht für jene, die sie sich erkaufen oder gar stehlen wollen. In Zeiten, wo alles immer lauter, schneller, größer und damit zwangsläufig auch oberflächlicher wird, empfinde ich es als ungemein wertvoll, auf Menschen zu treffen, die sich mit dem Gegenteil befassen: Mit Stille, Entschleunigung und Einfachheit. Für seine Texte und Bilder kann Michael Oertel auf eine nicht nur beruflich bewegte Vergangenheit zurückblicken, in der er versuchte, den Beruf des Kfz-Schlossers zu erlernen, Verwaltungsfachangestellter wurde und letztlich Sozialpädagogik und -arbeit studierte. Zwischenzeitlich arbeitete er in vielfältigen Berufen (u. a. als Rohrschweißer, Hausmeister, Bürgerberater, Bestatter), engagierte sich ehrenamtlich in der Gewerkschaft als Betriebsrat, saß als Stadtrat im Leipziger Parlament und gründete einen Verein für Kinder mit und ohne Behinderungen. Seit 1989 unterrichtet er hin und wieder an den verschiedensten Schulen (Grund-, Mittel-, Hoch- und berufsbildenden Schulen). Im Jahr 2006 erhält Michael Oertel den „Agenda-Preis 2005“ und wird im Jahr 2009 für seine Fotogeschichte „Edgars Welt! Eine Liebeserklärung an die Armut, das Verrücktsein und dich!“ für den „1. Sächsischen Kunstpreis für Toleranz und Demokratie“ nominiert. Oertel wird im April 2012 mit dem „Courage-Preis“ geehrt. Drei Jahre später erhält er den „Familienfreundlichkeits-PREIS“.

Mit dem bildungspolitischen Friedensprojekt der „geraubten Kindheit“ geht er einer wirklichen Herzensangelegenheit nach. „Geraubte Kindheit - wenn die Erwachsenen Krieg spielen!“ bezieht sich auf das Buch

(herausgegeben von Prof. Liselotte Bieback-Diel), in dem Kriegskinder des Zweiten Weltkrieges über die Erlebnisse während des Krieges, der Flucht und den Entbehrungen berichten, in dem sie Not, Angst, Hoffnung und Verzehung beschreiben. Frau Prof. Bieback-Diel, Jahrgang 1941,



also selbst ein Kriegskind, selbst als Kind auf der Flucht aus den Ostgebieten gewesen, lässt Menschen aus vier Nationen (Sowjetunion, England, Frankreich und Deutschland) zu Wort kommen und so bekommt das Kriegsleid ein ganz persönliches Gesicht. Das Buch bewegt, mahnt und versöhnt, es ist ein stiller, dennoch gewaltiger Aufschrei gegen Krieg und Gewalt. Für das Projekt bereiste Michael Oertel die genannten Länder auch persönlich und so erwartet die russische Stadt „Lomonossov“ die Ausstellung bereits im nächsten Jahr. Aber auch in England besuchte er die Kriegskinder, die bereits im Buch Zeugnis abgelegt haben, um sie zu fotografieren, zu interviewen und sie so zu einem „lebendigen Teil“ seines Friedensprojektes werden zu lassen. Die Fotoserie gibt dem Buch nun zum Teil Gesichter, denen die Betrachter in die Augen schauen können. Die Fotos sind mit je einem Zitat aus dem Buch untertitelt. Oertels Kollektiv stellt die Arbeit unter das Motto „Wir müssen endlich wieder in Frieden spielen, statt ständig über Krieg sprechen zu müssen!“.

Lehren, hört man immer wieder, müsse man aus diesem Krieg ziehen. Die weltweite Realität sieht anders aus und so kommt das Kriegskind Reinhart zu dem Schluss: „Ist all das Kriegsleid schon wieder vergessen?“ Erste Antworten und Denkanstöße will das Friedensprojekt in Bildern, Filmen und Begegnungen geben. Ich selbst war bei der Vernissage im „Wolkenschachlenkwahl e.V.“ am 23. Mai als Helfer tätig und habe mich mit Freude dafür engagiert, es war spannend sich mit den Zeitzeuginnen zu unterhalten und ihre Geschichte zu hören. Jeder sollte die Möglichkeit haben, diese Geschichten zu hören und sich damit auseinander zu setzen. Denn diese Menschen, um die es geht, werden weniger. Den nachfolgenden Generationen wird zwar glücklicherweise langsam bewusst, dass wir als Menschheit Teil eines Ökosystems sind, dass wir selbst durch unsere verantwortungslose Weise zu leben bedrohen, jedoch die größte Bedrohung, die Vernichtung durch militärische Eskalation, verdient eine mindestens genauso große, wenn nicht gar größere Aufmerksamkeit. Die Geschichte der Menschen, die einen Krieg miterlebt haben, ist hier das wichtigste Instrument der Bewusstseinsbildung. Mit diesem Projekt erhalten sie endlich eine Stimme: Eine Stimme des Friedens.

**Max Liebers**